



Deutsch Französische Gesellschaft Baden-Baden e.V.
Cercle Franco-Allemand Baden-Baden

Deutsch-Französische Führung in Krisenzeiten?

Der langjährige Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert, in Frankreich aufgewachsener Sohn eines deutschen Spitzendiplomaten, hat in seiner jüngst erschienenen Publikation „Salut les Amis“ das Hohe Lied der deutsch-französischen Freundschaft gesungen. In dem trotz mancher Selbstbeweihräucherung interessanten und gut lesbaren Erinnerungsbuch geht er anhand seines eigenen Erlebens auf die „rasante Entwicklung von einer „Erbfeindschaft“ hin zu dauerhaftem Frieden und Freundschaft nicht nur zwischen zwei Ländern, sondern in Europa“ ein. Aber er macht auch deutlich, dass mehr für das gegenseitige Verstehen getan werden muss, zumal immer weniger Schüler Deutsch oder Französisch lernen, die jeweilige Kultur zu wenig nicht nur in den Schulen, aber eben auch in der Politik und in der Kultur selbst vermittelt wird und zu allem Überfluss das „couple-franco-allemand“ sich in der Krise befinde. Daher bedauert er auch nachdrücklich, dass der amtierende Kanzler ebenso wie seine Vorgängerin sich nicht zu wenn auch nur kleinen symbolischen Zeichen der Würdigung französischer Europavorschläge entschließen konnten. Offenbar fehle ein großes Ziel, um beide, „einen französischen Präsidenten und einen deutschen Bundeskanzler zu gemeinsamem Handeln (zu) zwingen“.

Es mag absurd klingen, an dieser Stelle den gerade zu einer zweiten Amtszeit gewählten Ex-US-Präsidenten Trump ins Gespräch zu bringen. Wenn er ab Januar kommenden Jahres auch nur einen Teil seiner weitgehend abstrusen Politikversprechen umsetzt, sind nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern auch und vor allem Europa gefordert. Die EU ist aber – wenn überhaupt – nur dann fähig, Trump auf Augenhöhe zu begegnen, wenn Deutschland und Frankreich den viel beschworenen Motor wieder anwerfen und der Union zu der politischen (und militärischen) Stärke verhelfen, die ihrer Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft entspricht. Den US-Schutzschirm wie zu Zeiten des Kalten Kriegs wird es dann nicht mehr oder nur zu erheblichen zusätzlichen Kosten geben. Das wäre vermutlich auch unter einer Präsidentin Harris, wäre sie denn gewählt worden, allenfalls was die Umgangsformen betrifft, aber kaum in der Sache selbst sehr anders gewesen. Weder Deutschland noch Frankreich könnten das allein leisten.

Umso irritierender ist es, dass beide Länder neben den vielen geopolitischen Krisen zur Zeit auch noch unterschiedliche, aber nicht weniger belastende innenpolitische Krisen durchmachen und deshalb für die anstehenden Aufgaben in Europa nur bedingt zur Verfügung stehen. Macron hatte nach für seine Partei schlecht gelaufenen Europawahlen die Nationalversammlung in der Hoffnung aufgelöst, dort nach Neuwahlen eine solide Mehrheit zu erhalten. Eingehandelt hat er sich dabei eine Art von „Co-habitation“, bei der Konservative und Macrons eigene Partei einen konservativen Premierminister tragen, der aber über keine parlamentarische Mehrheit verfügt und jederzeit per Misstrauensvotum gestürzt werden kann. Dass es dabei im kommenden Jahr erneut zu Neuwahlen kommen könnte, von denen die rechten und linken Ränder des politischen Spektrums profitieren, ist zumindest nicht ausgeschlossen.

Ähnliches könnte in Deutschland drohen, nachdem die sog. Ampelkoalition geplatzt ist und die Bundesregierung nach dem Ausscheiden des kleinsten Koalitionspartners keine eigene Mehrheit mehr im Bundestag hat. Das schwächt unzweifelhaft die Rolle Deutschlands innerhalb aber auch jenseits der EU. Es ist deshalb nicht nur innenpolitisch, sondern auch übergreifend von essentieller Bedeutung, dass rasche Neuwahlen eine stabile Regierung hervorbringen, die die europaweit von den unterschiedlichsten Partnern geforderte Führungsrolle Deutschlands in der EU übernehmen kann und will. Dass der derzeitige Oppositionsführer davon gesprochen hat, Deutschland werde unter ihm eine führende Mittelmacht, mag darauf hindeuten, dass auch die größte Partei der aktuellen Opposition im Falle eines Wahlsiegs dazu bereit ist.

Da das deutsche Grundgesetz Fristen für Neuwahlen vorsieht, dürfte, abhängig vom Datum einer verlorenen Vertrauensfrage und folgender Auflösung des Bundestags durch den Bundespräsidenten, voraussichtlich frühestens im März oder April eine arbeitsfähige Bundesregierung im Amt sein, die sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann. Da der französische Präsident unabhängig von Parlamentsmehrheiten über bestimmte Zuständigkeiten im außen- und sicherheitspolitischen Bereich verfügt, könnte sich das „couple franco-allemand“ ab dann wieder gemeinsam den anstehenden Problemen der Europa- wie der Weltpolitik widmen.

Das setzt aber voraus, dass sich beide Seiten nun wirklich über zentrale Vorhaben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einig sind, die den anstehenden Herausforderungen durch Trump, Putin und den Nahostkonflikt - um nur einige Bereiche zu nennen - angemessen entspricht und dabei weniger Rücksicht auf nationale Befindlichkeiten und/oder fiskalische und ökonomische Vorbehalte nimmt. Diplomatie wird, so bedauerlich das klingen mag, in Konflikten nur ernst genommen, wenn sie von entsprechenden militärischen Fähigkeiten unterfüttert wird, die ihr Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit sichern. Das aber kostet viel Geld. Insofern sollte, wie schon einmal geschehen, ernsthaft über gemeinsame Schulden nachgedacht werden, ebenso darüber, wie die bisher geltende Einstimmigkeit bei Beschlüssen auf diesen Gebieten angepasst werden könnte. Auch hier sind beide Länder gefordert.

Europa muss mit einer Stimme sprechen, will es in einer neuen geopolitischen Konstellation zwischen den Polen USA und China politisch wie ökonomisch, aber eben auch militärisch ernstgenommen werden. Frankreich und Deutschland sollten deshalb ihre in vielen Jahrzehnten gewachsene, vertiefte Freundschaft über den bilateralen Bereich hinaus nutzen, um die demokratische und friedliche, den Menschenrechten verpflichtete EU so zu stärken, dass sie in einem zunehmend autokratischen Umfeld bestehen und Freiheit und Wohlfahrt für seine Bürgerinnen und Bürger dauerhaft sichern kann.

Baden-Baden, den 10. November 2024

Dr. Rainald Steck

Vizepräsident der DFG Baden-Baden